

Niederschrift

über die Sitzung (öffentlicher Teil)
des Ausländerbeirats
am Donnerstag, **16.03.2006**, 15:15 Uhr,
Hauptausschusszimmer, Stadtweinhaus, Prinzipalmarkt 8-9, 48143 Münster

Anwesend waren:

Mitglieder

Frau Funda Akogullari, Herr Hidir Ates (bis 16.10 Uhr), Herr Dr. Hüseyin Avlar, Herr Spyridon-Paul Marinos, Frau Ximena Cecilia Meza Correa-Flock (bis 17.13 Uhr), Herr Chigozie Ernest Onu, Herr Osman Öztürk (bis 16.20 Uhr), Herr Pararajasingam Parameswaran, Herr Dr. Georgios Tsakalidis, Frau Malgorzata Wojcik (bis 17.13 Uhr), Herr Dr. Ömer Lütfü Yavuz, Herr Ahmet Yesilyaprak

von der Verwaltung

Herr Jürgen Kupferschmidt , Herr Ludger Watermann

für die Schriftführung

Frau Heike Dierks

Es fehlten

Frau Miriam Mercedes Becker-Merino, Herr Jasar Jasarov, Herr Antonio Machado da Silva, Herr Felice Mignogna, Herr Deler Saber, Herr Muzaffer Ucarer, Frau Türkian Yüsbasi

nichtöffentlicher Sitzungsteil

siehe Niederschrift über die Sitzung (nichtöffentlicher Teil) des Ausländerbeirats am 16.03.2006

Tagesordnung:

- | | | |
|--------------------------|------|--|
| | 1. | Eingänge und Mitteilungen |
| | 2. | Einsparungen bei Institutionen in Münster im Rahmen der Haushaltskonsolidierung 2006 und ihre Auswirkungen |
| | 3. | Anhörungen |
| <u>V/0186/2006</u>
IV | 3.1. | Umwandlung von Haupt- und Förderschulen in erweiterte Ganztagschulen |
| | 4. | Verschiedenes |

Herr Marinos eröffnete um 15.15 Uhr die öffentliche Sitzung des Ausländerbeirates und begrüßte die anwesenden Mitglieder und die Vertreter/innen der Verwaltung.

Er stellte die ordnungsgemäße Einberufung und Beschlussfähigkeit fest.

Punkt 1 der Tagesordnung

Eingänge und Mitteilungen

Herr Kupferschmidt teilte mit:

- Aufgrund der geringen Zahl der An- und Rückmeldungen finde weder am 15./16.09.2006 noch am 25./26.11.2006 eine Arbeitstagung des Ausländerbeirates in der Kolping-Bildungsstätte in Coesfeld statt.
- Die Robert-Bosch-Stiftung habe ein Programm eingerichtet, um überzeugende Projektideen zur Integration junger Menschen mit Migrationshintergrund im Kindergarten, in der Schule und in der Freizeit zu fördern.
Besondere Berücksichtigung finden Projekte,
 - die Einheimische und Migranten (auch unterschiedlicher Herkunft) gemeinsam gestalten;
 - die ehrenamtliches Engagement einbeziehen;
 - die sich auch an Eltern junger Migranten wenden.

Die Förderung der Robert-Bosch-Stiftung betrage bis zu 5.000 EUR für einen Zeitraum von bis zu zwei Jahren. Weitere Informationen seien im Internet unter www.bosch-stiftung.de/junge_migranten zu erhalten.

Herr Marinos berichtete:

- Am 04./05.04.2006 finde die Tagung „Interethnische Beziehungen zwischen Christen und Muslimen in Südosteuropa im Alexander von Humboldt-Haus, Hüfferstraße 61, 48149 Münster, statt. Die Veranstaltung werde vom Institut für Geographie der WWU Münster, dem Österreichischen Ost- und Südosteuropa-Institut und der Südosteuropagesellschaft, Zweigstelle Münster, in Kooperation mit dem Ausländerbeirat der Stadt Münster durchgeführt. Er verteilte einen entsprechenden Flyer an alle Anwesenden.
- Wie bereits in der Sitzung des Ausländerbeirates am 01.03.2006 bekannt gegeben wurde, hatte Herr Dr. Tillmann die Erklärung des Rates der Stadt Münster vom 15.02.2006 bezüglich des Bleiberechts für länger in Deutschland geduldete Ausländerinnen und Ausländer, die der Rat aufgrund einer Anregung des Ausländerbeirates vom 25.01.2006 beschlossen hatte, an zahlreiche am politischen Entscheidungsprozess Beteiligte gesandt. Dazu lagen Herrn Dr. Tillmann zwischenzeitlich erste Antworten vor (von Herrn Bundesminister des Innern Dr. Schäuble, dem Deutschen Städtetag, dem aktuellen Vorsitzenden der Innenministerkonferenz Dr. Beckstein).

Punkt 2 der Tagesordnung

Einsparungen bei Institutionen in Münster im Rahmen der Haushaltskonsolidierung 2006 und ihre Auswirkungen

Zu diesem Tagesordnungspunkt lag Herrn Marinos ein Schreiben der GGUA vom 14.03.2006 (Betreff: „Beschluss des Sozialausschusses vom 28.02.06, Kürzung der Flüchtlingshilfe“) vor, welches er in der Sitzung verlas.

Des Weiteren wies er darauf hin, dass am Tag dieser Sitzung (16.03.2006) um 18 Uhr eine Veranstaltung im Bennohaus stattfinde. Nach seinem Kenntnisstand sei vermutlich eine Lösung zur Fortführung der Arbeit des Bennohauses gefunden worden.

Sodann stellte Herr Marinos folgenden Antrag, der vor Beginn der Sitzung als Tischvorlage an die Mitglieder des Ausländerbeirates verteilt worden war:

„Antrag

Der Ausländerbeirat möge folgende Anregung an den Rat beschließen:

Der Rat wird gebeten, im Rahmen des Konsolidierungsprogramms 2006 und der Haushaltssatzung keine Einsparungen zu beschließen, die dazu führen, dass bewährte Einrichtungen und Institutionen in ihrer Existenz gefährdet sind. Vielmehr sollen die Belastungen durch die notwendigen Einsparungen so auf alle Schultern verteilt werden, dass eine generelle Fortführung der Arbeit, insbesondere in den Bereichen Kinder- und Jugendarbeit, Schule/ Ausbildung, Integration und Ausländer- und Flüchtlingsarbeit, möglich bleibt.

Begründung:

In zahlreichen persönlichen Gesprächen, Medienberichten, öffentlichen Protesten, aber auch in formalen Anregungen an den Rat, aus den Etatsitzungen der verschiedenen Ausschüsse des Rates der Stadt Münster und auch aus eigenen Erfahrungen wurde den Mitgliedern des Ausländerbeirates deutlich, dass die notwendigen Einsparungen in der Stadt Münster einige Institutionen, Einrichtungen, Gruppen und Personen enorm hart (z.B. Bennohaus, GGUA, SKM, Nationworker), andere wiederum kaum oder gar nicht betreffen werden.

Im solidarischen Sinne sind die zweifellos notwendigen Sparmaßnahmen jedoch so zu treffen, dass besondere Härten zumindest dann vermieden werden, wenn eine gleichmäßige Verteilung der Last auf mehrere Träger realisierbar ist.

Die Mitglieder des Ausländerbeirates bieten den Fraktionen im Rat der Stadt Münster dazu ausdrücklich Gespräche an, um gemeinsam noch vor einer abschließenden Beschlussfassung durch den Rat über eine vernünftige, d.h. soziale und sachgerechte Verteilung der vorhandenen Mittel zu diskutieren. Ziel muss es sein, besondere Härtefälle und sogar Existenzgefährdungen einzelner Institutionen, Einrichtungen, Gruppen und Personen zu vermeiden.

Der Ausländerbeirat sieht die Konsequenz, dass nach den bisherigen Planungen in der Zukunft erhebliche Mehrkosten durch den Wegfall vieler wichtiger Leistungen mit gravierenden gesellschaftspolitischen Folgen entstehen werden. Aus diesem Grund müssen die bisherigen Planungen überarbeitet und die inzwischen offensichtlich gewordenen Aspekte berücksichtigt werden.“

Es ergab sich eine eingehende Diskussion, insbesondere über die Frage, inwieweit konkretere Vorschläge für die Umverteilung von Mitteln gemacht werden sollten und gemacht werden können. Darüber hinaus wurde erörtert, ob die Anregung sinnvoller Weise an den Rat oder an den Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften zu richten sei.

Nach dem Ergebnis der Diskussion wurde der Beschlussvorschlag von Herrn Marinos wie folgt abgeändert:

„Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften wird gebeten, dem Rat im Rahmen des Konsolidierungsprogramms 2006 und der Haushaltssatzung keine Einsparungen zur Beschlussfassung zu empfehlen, die dazu führen, dass bewährte Einrichtungen und Institutionen in ihrer Existenz gefährdet sind, während andere kaum oder gar nicht betroffen sind. Vielmehr sollen die Belastungen durch die notwendigen Einsparungen so auf alle Schultern verteilt werden, dass eine generelle Fortführung der Arbeit, insbesondere in den Bereichen Kinder- und Jugendarbeit, Schule/ Ausbildung, Integration und Ausländer- und Flüchtlingsarbeit, möglich bleibt. Insbesondere sollen die Ansätze für den AKO/ Bennohaus und die GGUA auf die in der Konsolidierungsvorlage ausgewiesene Höhe festgesetzt werden.“

Sodann fasste der Ausländerbeirat abschließend einstimmig folgenden Beschluss:

„Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften wird gebeten, dem Rat im Rahmen des Konsolidierungsprogramms 2006 und der Haushaltssatzung keine Einsparungen zur Beschlussfassung zu empfehlen, die dazu führen, dass bewährte Einrichtungen und Institutionen in ihrer Existenz gefährdet sind, während andere kaum oder gar nicht betroffen sind. Vielmehr sollen die Belastungen durch die notwendigen Einsparungen so auf alle Schultern verteilt werden, dass eine generelle Fortführung der Arbeit, insbesondere in den Bereichen Kinder- und Jugendarbeit, Schule/ Ausbildung, Integration und Ausländer- und Flüchtlingsarbeit, möglich bleibt. Insbesondere sollen die Ansätze für den AKO/ Bennohaus und die GGUA auf die in der Konsolidierungsvorlage ausgewiesene Höhe festgesetzt werden.“

Punkt 3 der Tagesordnung**Anhörungen****Punkt 3.1 der Tagesordnung
V/0186/2006****Umwandlung von Haupt- und Förderschulen in
erweiterte Ganztagsschulen**

Herr Watermann berichtete zur Vorlage und beantwortete die Fragen der Mitglieder des Ausländerbeirates.

Er wies auf den abweichenden Beschluss des Ausschusses für Schule und Weiterbildung vom 14.03.2006 hin und erläuterte die Unterschiede. Den geänderten Beschlussvorschlag verteilte Herr Watermann als Tischvorlage.

Herr Marinos ließ abschließend über den geänderten Beschlussvorschlag abstimmen. Dieser wurde einstimmig angenommen.

Somit beschloss der Ausländerbeirat im Ergebnis, dem Rat die Annahme des Beschlussvorschlags der Vorlage in der nach der Empfehlung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung geänderten Fassung zu beschließen:

Sachentscheidung:

1. Der Rat stimmt nachträglich dem Antrag vom 15.03.2006 an die Bezirksregierung Münster zu,
 - 1.1 die Droste-Hauptschule Roxel und die Augustin-Wibbelt-Schule Roxel (Förderschule) zum Schuljahr 2006/2007 (01.08.2006) in erweiterte Ganztagsschulen umzuwandeln
 - und
 - 1.2 die Fürstenbergschule (Hauptschule) zum Schuljahr 2006/2007 (01.08.2006) in eine erweiterte Ganztagsschule umzuwandeln
2. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass bei Genehmigung durch die Bezirksregierung Münster der erweiterte Ganztagsbetrieb ab dem Schuljahr 2006/2007 schrittweise aufgebaut wird und im Jahr 2006
 - 2.1 an der Droste-Hauptschule Roxel die Jahrgangsstufe 5 und an der Augustin-Wibbelt-Schule Roxel (Förderschule) die Jahrgangsstufe 1 - 4 umfasst
 - und
 - 2.2 an der Fürstenbergschule (Hauptschule) die Jahrgangsstufe 5 umfasst.
3. Der Rat stimmt zu, dass bei Genehmigung durch die Bezirksregierung Münster die räumlichen Voraussetzungen für den erweiterten Ganztagsbetrieb an der Droste-Hauptschule Roxel und der Augustin-Wibbelt-Schule Roxel (Förderschule) und der Fürstenbergschule (Hauptschule) geschaffen werden unter der Voraussetzung, dass für die erforderlichen investiven Maßnahmen Zuwendungen im Rahmen des Bundesprogramms "Initiative Zukunft Bildung und Betreuung (IZBB)" zur Verfügung gestellt werden. Die Verwaltung wird beauftragt, die entsprechenden Raumprogramme zu erarbeiten.

4. Der Rat stimmt zu, dass mit Aufnahme des Betriebes der erweiterten Ganztagschule beginnend mit dem Schuljahr 2006/2007 in Relation zu den betreuten Schülerinnen und Schülern das notwendige städtische Personal für die Bereiche Hauswirtschaft und Sekretariat sowie Sachmittel zur Verfügung gestellt werden.

Dafür werden im Stellenplan ab dem 01.08.2006 die nachfolgend aufgeführten Stellen eingerichtet werden. Mit den steigenden Teilnehmerzahlen erhöht sich das Stellenvolumen.

4.1 Droste-Hauptschule und Augustin-Wibbelt-Schule Roxel

Zeitpunkt	EGr. 4 (hausw. Gehil- fin)	Vermehrung	EGr. 5 (Sekretä- rin)	Vermehrung	Gesamt	Vermehrung
01.08.2006	0,65	0,65	0,18	0,18	0,84	0,84
01.08.2007	0,89	0,24	0,23	0,05	1,12	0,28
01.08.2008	1,19	0,30	0,29	0,06	1,48	0,36
01.08.2009	1,51	0,32	0,36	0,07	1,87	0,39
01.08.2010	1,82	0,31	0,42	0,06	2,24	0,37
01.08.2011	2,05	0,23	0,47	0,05	2,52	0,28
01.08.2012	2,09	0,04	0,48	0,01	2,57	0,05

und

4.2 Fürstenbergschule

Zeitpunkt	EGr. 4 (hausw. Gehil- fin)	Vermehrung	EGr. 5 (Sekretä- rin)	Vermehrung	Gesamt	Vermehrung
01.08.2006	0,44	0,44	0,14	0,14	0,58	0,58
01.08.2007	0,61	0,17	0,17	0,03	0,78	0,20
01.08.2008	0,83	0,22	0,22	0,05	1,05	0,27
01.08.2009	1,01	0,18	0,26	0,04	1,27	0,22
01.08.2010	1,22	0,21	0,30	0,04	1,52	0,25
01.08.2011	1,40	0,18	0,34	0,04	1,74	0,22

Finanzierung:

5. Für den laufenden Betrieb der erweiterten Ganztagschulen sind nach Genehmigung durch die Bezirksregierung Münster durch den stufenweisen Ausbau der Ganztagsbetreuung folgende Kosten zu finanzieren:

5.1 Droste-Hauptschule Roxel und Augustin-Wibbelt-Schule Roxel

Jahr	Teilnehmer	hausw. Gehilfin Stunden	hausw. Gehilfin Kosten €/Jahr	Sekretariatsstunden	Sekretärin Kosten €/Jahr	Sachkosten (30€/Kind)	Kosten Gesamt €/ Jahr
2006	100	24,92	10.180	7,00	2.950	1.250	14.380
2007	163	34,21	28.190	8,89	7.900	3.790	39.880
2008	243	46,00	38.150	11,29	10.030	5.890	54.070
2009	326	58,24	49.740	13,78	12.560	8.330	70.630
2010	407	70,18	61.620	16,21	15.150	10.790	87.560
2011	467	79,03	72.020	18,01	17.350	12.960	102.330
2012	477	80,50	77.690	18,31	18.660	14.140	110.490
2013	477	80,50	78.560	18,31	18.890	14.310	111.760

Im Haushaltsjahr 2013 (Endausbaustufe) fallen dann bei unveränderten Teilnehmerzahlen Gesamtkosten i.H.v. voraussichtlich 111.760 € an.

An der Augustin-Wibbelt-Schule Roxel soll der Ganztagsbetrieb mit den Jahrgangsstufen 1 bis 4 beginnen, so dass bei schrittweisem Ausbau der Ganztagsbetreuung der Endausbau erst 2013 stattfindet.

5.2 Fürstenbergschule

Jahr	Teilnehmer	hausw. Gehilfin Stunden	hausw. Gehilfin Kosten €/Jahr	Sekretariatsstunden	Sekretärin Kosten €/Jahr	Sachkosten (30€/Kind)	Kosten Gesamt €/ Jahr
2006	45	16,81	6.890	5,35	2.300	560	9.750
2007	91	23,59	19.200	6,73	6.000	1.930	27.130
2008	148	31,99	26.380	8,44	7.510	3.440	37.330
2009	194	38,78	34.020	9,82	9.310	5.020	48.350
2010	249	46,88	41.260	11,47	10.890	6.510	58.660
2011	297	53,96	48.680	12,91	12.460	8.070	69.210
2012	297	53,96	52.630	12,91	13.380	8.910	74.920

Im Haushaltsjahr 2012 (Endausbaustufe) fallen dann bei unveränderten Teilnehmerzahlen Gesamtkosten i.H.v. voraussichtlich 74.920 € an.

- 5.3 Der für die Personal- und Sachkosten ab dem Haushaltsjahr 2006 anfallende Mehrbedarf ist im städtischen Haushalt 2006 und im Finanz- und Investitionsplan 2005 bis 2009 über entsprechende Veränderungsblätter **zusätzlich bereitzustellen** und steht aus finanzpolitischer Sicht dem **Konsolidierungsziel der zweiten Stufe (nachhaltige Einsparung weitere 30 Mio. Euro)** entgegen und führt zu weiteren **nachhaltigen finanziellen Belastungen**.

Investitionen:

6. Für notwendige Investitionen im Rahmen der Umwandlung von Schulen in erweiterte Ganztagschulen werden im Haushaltsplan 2006, Finanzplan und Investitionsprogramm 2005 - 2009 Mittel wie folgt zusätzlich bereitgestellt:

Umwandlung der Droste-Hauptschule Roxel und Augustin-Wibbelt-Schule Roxel in erweiterte Ganztagschulen

HHSt.	Bezeichnung	Jahr	Betrag Euro	Bemerkung
Einnahmen				
2150.360.1090.6	Zuw. Bund Einrichtung erweiterte Ganztagschulen	2006	50.000	
		2007	1.000.000	
		2008	1.970.000	
		gesamt	3.020.000	
Ausgaben				
2150.940.1090.4	Bauk. Einrichtung erweiterte Ganztagschulen	2006	200.000	
		2007	1.900.000	
		2008	533.340	
		gesamt	2.633.340	
2150.935.1090.7	Besch. Einrichtung erweiterte Ganztagschulen	2006	77.230	
		2007	150.000	
		2008	495.000	
		gesamt	722.230	
Ausgaben insgesamt			3.355.570	
Mehrbelastung im städt. Haushalt (Ausgaben abzügl. Einnahmen)			335.570	

Umwandlung der Fürstenbergschule in eine erweiterte Ganztagschule

HHSt.	Bezeichnung	Jahr	Betrag	Bemerkung
Einnahmen				
2150.360.1090.6	Zuw. Bund Einrichtung erweiterte Ganztagschulen	2006	27.500	
		2007	450.000	
		2008	1.110.000	
		gesamt	1.587.500	
Ausgaben				
2150.940.1090.4	Bauk. Einrichtung erweiterte Ganztagschulen	2006	100.000	
		2007	900.000	
		2008	388.890	
		gesamt	1.388.890	
2150.935.1090.7	Besch. Einrichtung erweiterte Ganztagschulen	2006	50.000	
		2007	50.000	
		2008	275.000	
		gesamt	375.000	
Ausgaben insgesamt			1.763.890	
Mehrbelastung im städt. Haushalt (Ausgaben abzügl. Einnahmen)			176.390	

Für die Umwandlung der Schulen in erweiterte Ganztagschulen werden über den notwendigen 10 %igen Eigenanteil hinaus keine zusätzlichen kommunalen Investitionsmittel bereitgestellt.

Die notwendigen Veränderungen zum Haushaltsplan-Entwurf 2006 werden von der Verwaltung gefertigt. Es wird zur Kenntnis genommen, **dass die Mehrkosten sowohl die Verschuldung erhöhen als auch den Verwaltungshaushalt durch Zinszahlungen nachhaltig und dauerhaft belasten.**

Punkt 4 der Tagesordnung**Verschiedenes**

- Herr Marinos erläuterte den aktuellen Sachstand der öffentlichen Diskussion um die Diskothek „Go Parc“, bei der es um eine Reglementierung des Ausländeranteils unter den Besuchern ging. Einige Personen würden nunmehr eine Demonstration vor der Disko und einen Boykottaufruf planen. Er wies darauf hin, dass eine Beteiligung des Ausländerbeirates daran insbesondere im Hinblick auf mögliche Schadensersatzforderungen des Betreibers nicht möglich sei. Zudem sei er weiterhin bemüht, im Gespräch mit dem Betreiber zu einer angemessenen Lösung zu kommen. Ggf. werde er in einem Schreiben an den Betreiber Stellung beziehen und dieses sowohl an den Oberbürgermeister als auch an die Presse weiterleiten.

- Herr Dr. Yavuz berichtete über das Schicksal eines Mannes im Irak, der nunmehr dringend in Münster wegen eines Gehirntumors operiert werden müsse. Es sei bereits ein Professor in Münster gefunden, der bereit sei, auf sein Honorar zu verzichten. Dennoch entstünden Kosten in Höhe von rund 10.000 EUR. Herr Dr. Yavuz fragte nach Möglichkeiten, wie der Ausländerbeirat helfen könne. Im Ergebnis wurde festgehalten, dass eine Unterstützung nur durch örtliche Vereine und Institutionen, Spendenaufrufe in der örtlichen Presse und ähnliche Maßnahmen möglich ist. Eine finanzielle Unterstützung aus Mitteln des Ausländerbeirates ist rechtlich nicht möglich.

Ende des öffentlichen Sitzungsteils: 17.12 Uhr

gez.
Marinos
Vorsitz

gez.
Dierks
Schriftführung